



NIEDERSCHRIFT

13. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.03.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Stadtverwaltung
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Frau Stv. Nancy Gandelheidt - SPD-Fraktion
Frau Stv. Birgit Graf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Herr Stv. Peter Kleppe - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Norbert Leschnik - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marc Schlösser - SPD-Fraktion
Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Boehm - CDU-Fraktion
Herr Stv. Dr. Andreas Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Lothmann - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Herr Stv. Günther Offermanns - CDU-Fraktion
Frau Stv. Gabriele Persigehl - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Friedel Wirtz - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - ABU/FDP-Fraktion
Herr Stv. Oliver Schmidt-Schwan - Ohne Parteizugehörigkeit
Herr Stv. Josef Nevelz - Ohne Parteizugehörigkeit
Herr Stv. Markus Matzerath - AfD

Abwesend waren:

Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Jean Jansen - SPD-Fraktion	ab Top 17 öffentlicher Teil
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU/FDP-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Michael Winters - Ohne Parteizugehörigkeit	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2016/0082/St3
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: 2016/0081/St3
3. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2016/0083/St3
4. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2016/0084/St3
5. Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal des Haushaltsjahres 2015
Vorlage: 2016/0122/5.1
6. Entwurf Jahresabschluss 2015
Vorlage: 2016/0123/5.1
- Aus rechtlichen Gründen wurde der Tagesordnungspunkt 22 vor dem Tagesordnungspunkt 6 behandelt. -
7. Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 2016/0124/5.1
8. Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Alsdorf zum 31.10.2010 und Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat der Stadt gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: 2016/0072/RPA
9. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) über die überörtliche Prüfung der Stadt Alsdorf im Jahr 2015; hier: Berichterstattung des Rechnungsprüfungsausschusses auf der Grundlage des § 105 Abs. 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gemäß Beschluss vom 25.02.2016
Vorlage: 2016/0073/RPA
10. 1. Änderungssatzung über die Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Feuerwehr der Stadt Alsdorf und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren vom 10.12.2014
Vorlage: 2016/0054/6
- Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. -
11. Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen des Rates der Stadt
Vorlage: 2016/0125/St3

12. Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
hier: Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Stefan Uerlings
Vorlage: 2016/0071/St3
13. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 15 vom 29.02.2016 gem. § 60 Abs. 1 GO NRW;
hier: Projektantrag zum Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen: Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen
Vorlage: 2016/0119/3.1
14. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der StädteRegion Aachen und den Städten Alsdorf, Eschweiler, Herzogenrath und Würselen über die Einrichtung eines gemeinsamen Familienhebammendienstes;
hier: Genehmigung der Bezirksregierung Köln vom 18.12.2015
Vorlage: 2016/0055/3.2
15. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2016 - 2018 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen
Vorlage: 2016/0063/3.2-1
16. Einsatz eines Schulbusses für die Kellersberger Grundschüler zur GGS Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2 a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2016/2017
Vorlage: 2016/0043/3.3
17. Sportstättenentwicklungsplanung der Stadt Alsdorf 2015 - 2020;
hier:
 - a) Errichtung eines Kleinspielfeldes als Trainingsfläche und Sanierung des Rasensportplatzes auf der Sportanlage in Alsdorf-Zopp, Ottenfelder Straße
 - b) Errichtung von Vereinsräumen in Containerbauweise für den SV Hertha Mariadorf auf der Sportanlage in Alsdorf-Broicher Siedlung, Osterfeldstraße
 - c) Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Durchführung der Maßnahmen zu a) und b)
 Vorlage: 2016/0105/3.4
18. Bebauungsplan Nr.301-2.Änderung - Gewerbegebiet Alsdorf-Schaufenberg
 - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr.301-2.Änderung
 - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplanes Nr.301-2.Änderung – Gewerbegebiet Alsdorf - Schaufenberg
 Vorlage: 2016/0012/2.1
19. Änderung von Gebührensatzungen;
hier: 8. Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2016/0096/ETD
20. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2016/0085/St3

21. Umbesetzung in Gremien;
hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 03.03.2016
Vorlage: 2016/0130/St3

22. Überschreitung der Pensions- und Beihilfeaufwendungen;
hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 2016/0134/1.2
- Aus rechtlichen Gründen wurde der Tagesordnungspunkt 22 vor dem Tagesordnungspunkt 6 behandelt. -

23. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 2016/0135/3.3

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2016/0082/St3

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, Frau Spiertz, juristische Praktikantin, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Herrn Rosenkranz, städtisches Rechnungsprüfungsamt, Herrn Gillessen, FG 5.1 - Kämmerei und Steuern, Herrn Schaum, Stabsstelle 2 - Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Kultur, Frau Filipenoks, Stabsstelle 3 – Büro des Rates, sowie Frau Esser, Stabsstelle 3 – Büro des Rates (Schriftführerin)).

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Rates der Stadt allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest. Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen die Tagesordnung um

- TOP 21: Umbesetzung in Gremien;
 hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 03.03.2016
- TOP 22: Überschreitung der Pensions- und Beihilfeaufwendungen;
 hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015
- TOP 23: Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im
 Haushaltsjahr 2016

zu **erweitern**.

Des Weiteren wird vorgeschlagen,

- TOP 10: 1. Änderungssatzung über die Inanspruchnahme von
 Leistungen der öffentlichen Feuerwehr der Stadt Alsdorf und
 über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren vom
 10.12.2014

von der Tagesordnung **abzusetzen**.

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

- TOP 5: Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal des Haushaltsjahres 2015
- TOP 6: Entwurf Jahresabschluss 2015
- TOP 7: Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2015
- TOP 15: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2016 - 2018 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen

Die Beratungsergebnisse zu

- TOP 14: Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der StädteRegion Aachen und den Städten Alsdorf, Eschweiler, Herzogenrath und Würselen über die Einrichtung eines gemeinsamen Familienhebammendienstes;
hier: Genehmigung der Bezirksregierung Köln vom 18.12.2015
- TOP 19: Änderung von Gebührensatzungen;
hier: 8. Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf

wurden **nachgereicht**.

Weiterhin wird vorgeschlagen,

- TOP 22: Überschreitung der Pensions- und Beihilfeaufwendungen;
hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015

vor

- TOP 6: Entwurf Jahresabschluss 2015

zu behandeln.

Nichtöffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen die Tagesordnung um

- TOP 10: Beteiligungsmanagement;
Neustrukturierung der städtischen Beteiligungen
- TOP 11: Bebauungspläne Nr. 328 - Am Weiher - und Nr. 329 - Am Tierpark - der Stadt Alsdorf;
hier: Erweiterung des Optionsvertrages zwischen der Stadt Alsdorf und der Alsdorfer Bauland GmbH

- TOP 12: Abschluss einer Durchführungsvereinbarung mit der GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH;
hier: Umzug des Gymnasiums Alsdorf und der Realschule - und Aufbaurealschule der Stadt Alsdorf vom Standort Theodor-Seipp-Straße an den Standort Konrad-Adenauer-Allee
- TOP 13: Verkauf von ehemaligen Straßenverkehrsflächen im Stadtteil Blumenrath;
hier: Bachstraße, Mozartstraße und Teilfläche aus der Südstraße

zu **erweitern**.

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

- TOP 3: Beteiligungsmanagement;
Beteiligung der EWV an Windparkgesellschaften
(Dringlichkeitsentscheidung Nr.12 vom 29.01.2016)
- TOP 4: Beteiligungsmanagement;
Übertragung der Strom- und Gasnetze der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH auf die 100%-Tochtergesellschaft regionetz GmbH - Weisungsbeschluss an die kommunalen Vertreter der Stadt Alsdorf

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, äußert seinen Unmut zu den Tagesordnungspunkten 6: Entwurf Jahresabschluss und 9: Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt des öffentlichen Sitzungsteils. Als Fraktionsvorsitzender habe lediglich er den Jahresabschluss auf einer Compact Disc (CD) erhalten und Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, obwohl seiner Meinung nach allen Stadtverordneten diese CDs zur Verfügung gestellt werden sollten. Zudem seien die auf den CDs enthaltenen Dateien unvollständig. Im Rechnungsprüfungsausschuss seien wesentlich mehr Unterlagen beraten worden, als die CD beinhalte. Seines Erachtens sollten die beiden Punkte geschoben werden, da diese ohne alle Unterlagen nicht vernünftig beraten werden können.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass durch die CDs eine Menge Papier gespart werden sollte. Gerne hätte er jedem Stadtverordneten eine CD zur Verfügung gestellt, sofern dieser Wunsch geäußert worden wäre. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt sei zudem im Rechnungsprüfungsausschuss beraten worden, somit sehe er dabei kein Problem.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, führt aus, dass die CD lediglich zwei Berichte mit jeweils 27 Seiten beinhalte, im Rechnungsprüfungsausschuss sei allerdings über wesentlich mehr Unterlagen beraten worden. Somit könne die vorliegende Form nicht beraten werden und müsse für eine Beschlussfassung erneut komplett vorgelegt werden.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass seines Erachtens die Vorlagen nicht erneut zur Verfügung gestellt werden müssen, da innerhalb der Fraktionen und auch in den Vorberatungsgremien bereits darüber beraten worden sei. Zukünftig werde er aber wieder alle Unterlagen in Papierform zur Verfügung stellen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, äußert den Wunsch, zukünftig bei den Bebauungsplänen Papier zu sparen und diese nicht doppelt an die Stadtverordneten zu schicken. Zu Tagesordnungspunkt 9 - Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt - stelle sich ihm die Frage, ob die Konsequenzen des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt in einer Sondersitzung oder einer interfraktionellen Runde veranschaulicht werden können. Zum anderen möchte er wissen, ob es Möglichkeiten gebe, mit der ständigen Abwesenheit von Herrn Stv. Winters, ohne Parteizugehörigkeit, umzugehen. Schließlich solle er seiner Verantwortung als Stadtverordneter gerecht werden. Weiterhin bemerkt er, dass der Tagesordnungspunkt 10 – Beteiligungsmanagement - im nichtöffentlichen Teil sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt worden sei. Dabei gehe es um eine bedeutende Entwicklung, die nach Auffassung der CDU-Fraktion doch besser vorbereitet werden müsste. Dieser Punkt sollte in einer weiteren Sitzung gesondert behandelt und vielleicht auch von Herrn Fröschen, Dipl. Kfm. und Wirtschaftsprüfer, begleitet werden. Nur so könne eine seriöse Entscheidung getroffen werden. Er beantragt, den Punkt abzusetzen und zum Thema einer interfraktionellen Runde oder einer Sondersitzung des Rates der Stadt zu machen.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass er die Auffassung zu TOP 10 nichtöffentlicher Teil nicht verstehe. In einer interfraktionellen Runde sei bereits sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen und diskutiert worden. Aus dieser sei der Auftrag an die Verwaltung erteilt worden, für eine der nächsten Ratssitzungen einen Vorschlag mit Beschlussfassung zu erstellen. Eine Vorlage dazu liege nun vor und durch die Beschlussfassung erhalte die Verwaltung die Aufgabe, dieses Thema weiter in die Gremien einzuführen.

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, stimmt der Aussage von Herrn Bürgermeister Sonders zu. Das interfraktionelle Gespräch habe im Dezember stattgefunden und man sei übereinstimmend zu dem Entschluss gekommen, in der nächsten Ratssitzung so darüber zu beschließen.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, schließt sich ebenfalls den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Sonders an. Herr Fröschen habe ausführlich dargestellt, welche Möglichkeiten und Konsequenzen, vor allem finanzielle und steuerrechtliche, sich daraus ergeben. Daraufhin sei aus der Gemeinschaft der Wunsch geäußert worden, das schnellstmöglich umzusetzen.

Herr Bürgermeister Sonders macht deutlich, dass die daraus resultierenden Folgen immer wieder in die Gremien eingespeist werden. Durch den Beschluss heute erhalte die Verwaltung nur eine grundsätzliche Beauftragung darüber. Danach werden Gesellschaftsverträge vorbereitet und Bewertungen vorgenommen, die dann in die Gremien eingespeist werden. Insofern bleiben für den Rat alle Möglichkeiten darauf Einfluss zu nehmen bestehen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, entgegnet, dass es umso überraschender sei, dass das Thema innerhalb von wenigen Tagen noch mit auf die Tagesordnung gestellt werde, obwohl schon im Dezember darüber gesprochen worden sei. Auch wenn Herr Fröschen dargestellt habe, dass diese Möglichkeit die einzige sei, habe seitens der CDU-Fraktion niemand diesem Ansatz direkt zugestimmt. In Bezug auf finanzielle und steuerrechtliche Konsequenzen sei die CDU-Fraktion nicht sehr optimistisch. Darüber hinaus wisse man nicht, welche Folgen dieser Zusammenschluss

am Ende haben werde. Nach Auffassung der CDU-Fraktion solle dieser Punkt eingehender erörtert und von einem Sachverständigen umfangreich beraten werden.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, betont, dass Herr Fröschen in der interfraktionellen Runde verdeutlicht habe, dass es nur einen gangbaren Weg gebe. Der Steuersatz zum Beispiel falle bei dieser Möglichkeit von 15% auf 1,5%, das sei eine enorme Einsparung.

Herr Bürgermeister Sonders schlägt vor, diesen Punkt nicht von der Tagesordnung abzusetzen, da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ausführlich darüber beraten werden könne. Schließlich habe man immer noch alle Möglichkeiten weitere Beschlüsse darüber zu fassen. Er sei aber gerne bereit über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10 nichtöffentlicher Teil abstimmen zu lassen.

Sodann lässt Herr Bürgermeister Sonders über den Antrag der CDU-Fraktion,

Punkt 10 nichtöffentlicher Teil : Beteiligungsmanagement; Neustrukturierung der städtischen Beteiligungen

von der Tagesordnung abzusetzen, abstimmen.

Der Rat der Stadt lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, TOP 10 nichtöffentlicher Teil von der Tagesordnung abzusetzen, mit Mehrheit (bei 9 Gegenstimmen) ab.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, äußert nun seinen Unmut über Herrn Stv. Winters, ohne Parteizugehörigkeit. Bislang habe es 20 Rats- und Hauptausschusssitzungen gegeben, von denen Herr Stv. Winters lediglich drei Sitzungen beigewohnt habe. Er erhalte auch die Aufwandsentschädigungen ohne jegliche erbrachte Leistung. Für die Regelung der monatlichen Pauschalzahlung solle daher überlegt werden, ob nicht eine Sitzungskomponente eingeführt werde.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass Herr Stv. Winters, ohne Parteizugehörigkeit, krankheitsbedingt an den bisherigen Sitzungen nicht teilnehmen konnte und sich auch für die versäumten Sitzungen abgemeldet habe.

Anmerkung der Verwaltung:

Herr Stv. Winters, ohne Parteizugehörigkeit, wurde am 17.03.2016 noch nachträglich für die Sitzung des Rates der Stadt am 15.03.2016 entschuldigt.

Sodann stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung in der nun vorliegenden Form zur Abstimmung. Diese wird mit den von Herrn Bürgermeister Sonders vorgebrachten Änderungen **einstimmig** angenommen.

Für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung meldet Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, eine dreiteilige Anfrage an.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Das ist nicht der Fall.

zu 2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: 2016/0081/St3

Protokoll:

Nachdem sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, nimmt Herr Bürgermeister Sonders die nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgeschriebene Einführung und Verpflichtung des Ratsmitgliedes, Frau Stv. Gabriele Persigehl, durch Nachsprechen folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Diese Verpflichtung wird durch Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung durch Frau Stv. Gabriele Persigehl, CDU-Fraktion, bekräftigt.

zu 3 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2016/0083/St3

Protokoll:

Seitens der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

zu 4 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2016/0084/St3

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 5 Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal des Haushaltsjahres 2015
Vorlage: 2016/0122/5.1

Protokoll:

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, möchte wissen, wie hoch der Deckungsbetrag der aus Anlage 1 hervorgehenden „nicht benötigten Investitionsmitteln zum Grunderwerb der Tennisanlage Eschweilerstraße“ sei.

Herr Kämmerer Hafers teilt mit, dass zum Grunderwerb der Tennisanlage Eschweilerstraße ein Betrag von 230.000 € zur Verfügung gestanden habe. Da diese geplante Maßnahme nicht eintrat, stand dieser Betrag bis zum 31.12.2015 zur Verfügung. Die Finanzmittel konnten im vorliegenden Fall als formale Deckung verwendet werden, da es sich hier um eine Maßnahme aus dem 4. Quartal des vergangenen Jahres handle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im IV. Quartal des Haushaltsjahres 2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 6 Entwurf Jahresabschluss 2015
Vorlage: 2016/0123/5.1

Protokoll:

Aus rechtlichen Gründen wurde

TOP 22: Überschreitung der Pensions- und Beihilfeaufwendungen;
hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015

vor

TOP 6 Entwurf Jahresabschluss 2015

behandelt.

Herr Kämmerer Hafers bezieht sich auf die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2015. Dabei seien Erträge von 90,7 Millionen € und Aufwendungen von 103,6 Millionen € prognostiziert worden. Folglich sei man von einem Fehlbetrag von 12,9 Millionen € ausgegangen. Wenn man sich nun den Entwurf zum Jahresabschluss 2015 anschaut, könne im Ergebnis ein Fehlbetrag von 10.065.376,59 € festgestellt werden. Insgesamt sei also eine Verbesserung von 2,85 Millionen € eingetreten. Neutralisiere man jetzt noch den Gewerbesteuerfall aus diesem Jahresabschluss, dann erhalte man sogar nur ein strukturelles Defizit von unter einer Million €. Dies sei zurückzuführen auf zusätzlich erwirtschaftete Erträge von insgesamt 5,5 Millionen €. Es habe allerdings auch zusätzliche Aufwendungen von 1,3 Millionen € gegeben für zum Beispiel Pensionszusagen. Insgesamt seien 2,7 Millionen € zusätzliche Aufwendungen nötig gewesen. Diese Aufwandsverschlechterung ergebe sich neben den soeben genannten 1,3 Millionen € aus einer Vielzahl von Haushaltsüberschreitungen. Demgegenüber konnte eine Vielzahl von positiven Erträgen erwirtschaftet werden. Zum einen habe es positive Steuererträge gegeben und die Gemeindeanteile der Einkommenssteuer haben sogar über die Erwartungen hinaus zusätzliche 400.000 € eingebracht. Zum anderen habe man wesentlich mehr Fördermittel von Bund und Land für die Flüchtlingshilfe erhalten, als erwartet. Zu den erwarteten 650.000 € seien 1,3 Millionen € zusätzlich ausgezahlt worden. Jedoch hatte das Haushaltsjahr 2015 auch unvorhergesehene Ereignisse zu finanzieren. Am Ende des Jahres habe ein Schreiben des Landes vorgelegen, dass rückwirkend für das Jahr 2014 noch ein Betrag von 670.000 € für das Einheitslastenabrechnungsgesetz gezahlt werden müsse. Darüber hinaus seien die Grundstücksverhältnisse zwischen den Straßenbaulastträgern neu geordnet worden. Dadurch habe die Stadt Alsdorf kostenlos Straßengrundstücke mit einem Flächenumfang von 42.500 m² abgeben müssen, was einen Abgang des Vermögens bedeute. Im letzten Jahr seien auch Gesellschafterdarlehen beschlossen worden, die die Liquidität im laufenden Haushaltsjahr bereits belasten. Daneben müssen aber auch die positiven Sondereffekte be-

trachtet werden. Für die im Rahmen des kommunalen Investitionsförderungsgesetzes zugesagten Fördermittel von 4,6 Millionen € stehe der Haushalt 2015 Pate. Dafür sei die Finanzierung der notwendigen Eigenmittel von zwei Millionen € dargestellt worden. Im späteren Punkt „Ermächtigungsübertragung“ sei auch sichtbar, dass alles bereits Beschlossene zur Verfügung stehe und so Investitionen von 6,6 Millionen € realisierbar seien. Zum Thema Girokonto sei zu sagen, dass durch das zusätzliche Defizit von 10,1 Millionen € die entsprechende Liquidität nicht zur Verfügung stehe. Allerdings sei es gelungen, zusätzliche Kassenkreditmittel in Anspruch zu nehmen. Dies sei eine zusätzliche Verschlechterung von drei Millionen €. Die Summe der Kassenkredite belaufe sich demnach zum 31.12.2015 auf alarmierende 118,5 Millionen €. In diesem Bereich müsse wesentlich mehr Arbeit investiert werden, sodass im Rahmen eines gut organisierten und aktiven Zinsmanagements unnötige Zinszahlungen vermieden werden können. Bei den Darlehenszinsen konnten so bereits fast 800.000 € im abgelaufenen Haushaltsjahr eingespart werden. Dieser Aufgabe werde man sich auch in Zukunft widmen müssen, da die Haushaltsjahre bis 2021 nach derzeitigen Haushaltsplanungen noch defizitär seien. Rein rechnerisch sei davon auszugehen, dass diesbezüglich weitere Belastungen erfolgen werden. Zum Ende lasse sich feststellen, dass der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag bei 11,7 Millionen € liege. Zukünftig müsse also die Haushaltsbewirtschaftung so geplant werden, dass Verluste vermieden werden und die eingetretene Überschuldung bereinigt werde. Zum Abschluss bedankt sich Herr Kämmerer Hafers bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, aber auch bei den städtischen Beteiligungen.

Herr Bürgermeister Sonders bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Kämmerer Hafers und betont, dass aus Sicht des Haushaltes nach wie vor eine ernste Situation vorliege. Allerdings sei man auf einem Weg Richtung strukturellem Haushaltsausgleich unterwegs. In den nächsten Monaten werde der Haushalt für das Folgejahr vorbereitet, um jedes Jahr den Haushalt vorzulegen und dadurch weiterhin einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten. Die dazu notwendigen Beschlüsse werden letztlich von diesem Gremium gefasst. Er bedankt sich herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr engagierte und zügige Arbeit.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Jahresabschluss 2015 zur Kenntnis und leitet ihn zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 7 **Bildung von Ermächtigungsübertragungen im Rahmen der Haushaltswirtschaft der Stadt Alsdorf im Haushaltsjahr 2015**
Vorlage: 2016/0124/5.1

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt stimmt der Bildung von Ermächtigungsübertragungen zum Jahresabschluss 2015 in Höhe von insgesamt 6.076.354,61 € (**Anlage der Originalniederschrift**) zu.
2. Zur Finanzierung der Auszahlungen im Rahmen der Investitionstätigkeit wird

eine Kreditermächtigung in Höhe von 781.844,72 € übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 8 Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Alsdorf zum 31.10.2010 und Entlastung des Bürgermeisters durch den Rat der Stadt gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: 2016/0072/RPA**

Protokoll:

Zu Punkt 3. des Beschlussvorschlages ist der Bürgermeister nicht stimmberechtigt.

Herr Rosenkranz, Rechnungsprüfungsamt, teilt mit, dass der Gesamtabschluss bereits im letzten Rechnungsprüfungsausschuss von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödel und Partner vorgestellt worden sei. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe die entsprechenden Beschlüsse gefasst und mit der heutigen Zustimmung des Rates der Stadt Alsdorf könne der erste Gesamtabchluss abgeschlossen werden.

Herr Bürgermeister Sonders ergänzt, dass dadurch die Voraussetzung geschaffen werde, bei den Kommunalaufsichten positiv betrachtet zu werden.

Beschluss:

1.

Der Rat der Stadt Alsdorf stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss in der Sitzung vom 25.02.2016 abschließend beratenen und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Gesamtabchluss in seiner Fassung vom 20.01.2016 einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen (**Anlagen der Originalniederschrift**) gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW fest.

2.

Der Rat der Stadt beschließt, gemäß § 96 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Abs. 1 Satz 4 GO NRW den Gesamtjahresfehlbetrag 2010 in Höhe von 13.567.891,60 € durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zu decken.

3.

Der Rat der Stadt Alsdorf stellt fest, dass der Gesamtlagebericht mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und eine zutreffende Vorstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage vermittelt. Dem Bürgermeister wird gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW für die Aufstellung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2010 vorbehaltlos Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

1. Einstimmig
2. Einstimmig
3. Einstimmig

zu 9 **Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) über die überörtliche Prüfung der Stadt Alsdorf im Jahr 2015; hier: Berichterstattung des Rechnungsprüfungsausschusses auf der Grundlage des § 105 Abs. 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gemäß Beschluss vom 25.02.2016**
Vorlage: 2016/0073/RPA

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, äußert seinen Unmut zu dieser Vorlage. Er habe eben bereits erwähnt, dass die Informationslage zu diesem Punkt sehr dürftig und seines Erachtens auch nicht vollständig sei. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt sei vorgetragen und vorgelegt worden, um optimierend an den Teilbereichen des städtischen Handelns zu arbeiten. Dafür sei der Beschlussvorschlag sehr unbefriedigend, da lediglich eine Kenntnisnahme vorgeschlagen werde. Ihn interessiere nun, welche Handlungsempfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt seitens der Verwaltung umgesetzt werden. Exemplarisch greife er zwei Bereiche auf. Das sei zum einen der Bereich Personalwirtschaft und Demografie. In diesem Bereich sei festgestellt worden, dass noch keine übergeordneten Ziele des Personalmanagements festgelegt und keine Analysen zur Altersstruktur und Fluktuation vorhanden seien. Die Empfehlungen seien, strategische Ziele für das Personalmanagement festzulegen, regelmäßige Analysen zur Altersstruktur der Mitarbeiter zu erarbeiten und in ein Personalbedarfskonzept zu überführen und Personen und Verfahren zur Wissensbewahrung und –verteilung festzulegen. Zum anderen gebe es den Bereich Grünflächen der Stadt Alsdorf. Dabei sei unter anderem festgestellt worden, dass die Steuerung der Grünflächenanlagen in Alsdorf auf verschiedene Fachgebiete und die Aufgabenwahrnehmung auf verschiedene städtische Gesellschaften verteilt sei. Für die Park- und Gartenanlagen sei zum Beispiel das Fachgebiet Sonderaufgaben und Umwelt zuständig, die Pflege erfolge allerdings durch den Eigenbetrieb Technische Dienste. Die Kinderspiel- und Bolzplätze fallen in den Zuständigkeitsbereich des Fachgebietes Jugend, mit den Arbeiten vor Ort sei dann aber wieder die GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH beschäftigt. Dadurch fehle laut Gemeindeprüfungsanstalt der Gesamtüberblick über Leistungen und Aufwand. Die Empfehlungen dafür seien, die Zuständigkeiten zentral zu organisieren, Leistungsbeschreibungen aufzustellen und mit Leistungspreisen abzurechnen und das Leistungsverzeichnis jährlich anzupassen. Vor diesem Hintergrund bittet er die Verwaltung mitzuteilen, welche Handlungsempfehlungen davon umgesetzt werden. Ferner sei es sinnvoll, sich in einer zusätzlichen Sitzung damit auseinander zu setzen, um dann einen Beschluss zu fassen.

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass genau diese Punkte in den nächsten Monaten in Angriff genommen werden sollen. Die Frage, wie zum Beispiel die Grünflächenpflege zukünftig in der Stadt organisiert werden könne, werde ausführlich mit dem Rat der Stadt besprochen und beraten. Hinsichtlich der Personalfrage sei man ebenfalls in den Kernbereichen, wie zum Beispiel verstärkte Ausbildung et cetera, nicht untätig gewesen. Dazu werden dem Rat der Stadt auch weiterhin Beschlüsse vorgelegt. Ansonsten sei nicht viel Substanz in dem Bericht übrig geblieben. Im Gegenteil, es sei sogar von der Gemeindeprüfungsanstalt in vielen Bereichen anerkannt worden, dass viele Dinge bereits in die richtige Richtung laufen. Von daher sehe er derzeit keinen zusätzlichen Handlungsbedarf und auch keine andere Beschlusslage als die, den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bittet im Protokoll festzuhalten, dass die Verwaltung die Handlungsempfehlungen des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem zukünftigen Handeln berücksichtigen und entsprechende Beschlüsse für die Ausschüsse und den Rat der Stadt vorbereiten werde.

Herr Kämmerer Hafers ergänzt, dass im Protokoll des Rechnungsprüfungsausschusses der Beschlussvorschlag auch so berücksichtigt wurde, wie er nach dem Verfahren des § 105 GO NRW sein müsse. Zudem werde im Personalbereich das Thema Wissensmanagement aktualisiert und sowohl das Thema Grünflächenmanagement als auch der Personalbereich werden dann in den zuständigen Fachausschüssen zum Thema gemacht.

Herr Bürgermeister Sonders betont, dass die Handlungsempfehlungen selbstverständlich in den nächsten Monaten als Vorlage vorgelegt werden.

Herr Rosenkranz, Rechnungsprüfungsamt, fügt hinzu, dass eine abschließende Stellungnahme zum Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt erarbeitet worden sei, in der alle Dezernate auf die Feststellungen und Empfehlungen eingegangen seien. Dieser sei im Rechnungsprüfungsausschuss besprochen worden und stehe ebenfalls im Ratsinformationssystem Allris zur Einsicht zur Verfügung. Der Gesetzgeber sage klar, dass der Rechnungsprüfungsausschuss für die Abarbeitung des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt maßgebend sei. Der Rat der Stadt werde im Nachgang über den Inhalt aber auch über die Detailarbeit in Kenntnis gesetzt.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bemerkt, dass hier fachliche Entscheidungen zu treffen seien und diese im zuständigen Fachausschuss beraten werden sollen.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, führt aus, dass manche Handlungsempfehlungen praktisch gar nicht umgesetzt werden können. Das sei zum Beispiel die Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt für die Kindertagesbetreuung. Zu diesem Punkt sei festgestellt worden, dass die Elternbeitragsquote zu niedrig sei. Die Empfehlung hierfür sei eine Steigerung der Elternbeitragsquote. Allerdings könne die Elternbeitragsquote nicht gesteigert werden, weil viele Eltern im Bereich der unteren Einkommen liegen und daher befreit seien beziehungsweise das Geld nicht aufbringen können. Als Lösung sei bereits die Elternbeitragstabelle im oberen Bereich angepasst worden. Hier stelle sich ihm die Frage, ob sich aus dieser Anpassung bereits eine Steigerung der Elternbeiträge ablesen lasse.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass die Anpassung erst zum 01.08.2016 erfolge und somit dazu noch nichts gesagt werden könne. Dieses Thema sei aber ein gutes Beispiel dafür, dass umgehend Vorlagen zu Themen mit Verbesserungsmöglichkeiten erstellt und vorgelegt werden. Zum großen Teil seien zum Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt keine Fragen mehr offen geblieben und mit den beiden großen Themenbereichen Grünflächenpflege und Personal befasse man sich fortlaufend.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, schließt sich der Anregung der GRÜNE-Fraktion, eine zusätzliche Sitzung zu diesem Thema abzuhalten, an. Für die CDU-Fraktion sei es wichtig, vernünftig Bilanz zu ziehen und auf jedes Thema, sei es das Produkt Grünflächen oder Personal, einzeln einzugehen und zu sehen, was bereits gemacht worden sei oder was noch verbessert werden könne.

Herr Bürgermeister Sonders betont, dass jeder zu ändernde Punkt in den Fachausschüssen oder Gremien beraten werde. Er verstehe nicht, dass nach der Abschlussbesprechung mit der Gemeindeprüfungsanstalt keine Fragen gestellt worden seien, jetzt aber schon. Die Dinge, die an Substanz übrig bleiben, werden den Gremien vorgelegt und dort beraten.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass er sich vor einiger Zeit in Krefeld ein sehr erfolgreiches Modell zu Zielzahlen angeschaut habe. Dabei habe die Verwaltung nicht ihre eigenen Ziele formuliert, sondern der Rat der Stadt. Dies sei zwar ein jahrelanger Prozess, habe aber ein positives Ergebnis gebracht. Herr Kämmerer Hafers warte aber schon seit Jahren darauf, dass in Alsdorf Ziele durch den Rat der Stadt formuliert werden. Solange das nicht passiere, dürfe man sich auch nicht wundern.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass es jedem freistehe, in den Rat der Stadt Vorschläge einzubringen. Die einzelnen Vorstellungen können dann abgesprochen und entschieden werden. So habe man in den Ausschüssen und Fachgremien immer die Möglichkeit, den Handlungsempfehlungen zu folgen oder auch nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt den wesentlichen Inhalt des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen über die überörtliche Prüfung der Stadt Alsdorf im Jahr 2015 sowie das Ergebnis der Beratungen des Prüfungsausschusses zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 10 **1. Änderungssatzung über die Inanspruchnahme von Leistungen der öffentlichen Feuerwehr der Stadt Alsdorf und über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren vom 10.12.2014**
Vorlage: 2016/0054/6
- Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. -

zu 11 **Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen des Rates der Stadt**
Vorlage: 2016/0125/St3

Beschluss:

Der Rat der Stadt bestellt Frau Simone Born zur Schriftführerin für seine Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 12 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
hier: Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Stefan Uerlings
Vorlage: 2016/0071/St3**

Protokoll:

Zu Punkt 1 – 5 ist der Bürgermeister nicht stimmberechtigt.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass es eine neue Regelung zum Stimmrecht des Bürgermeisters gebe. Bei der Besetzung der Ausschüsse der Stadt Alsdorf sei er nach wie vor nicht stimmberechtigt, bei der Gremienbesetzung dürfe er zukünftig aber mitstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

1. als Ersatz für Herrn Stefan Uerlings Frau Stv. Gabriele Persigehl zum stimmberechtigten Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.
2. als Ersatz für Herrn Stefan Uerlings Herrn Stv. Hubert Lothmann zum stimmberechtigten Mitglied in den Wahlausschuss.
3. als persönliche Stellvertreterin für Herrn Stv. Hubert Lothmann als Mitglied des Wahlausschusses Frau Stv. Gabriele Persigehl.
4. als Ersatz für Herrn Stefan Uerlings Frau Stv. Gabriele Persigehl zum stimmberechtigten Mitglied in den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur.
5. als Ersatz für Frau Gabriele Persigehl Frau Alexandra Brandt zur stimmberechtigten sachkundigen Bürgerin gem. § 58 Abs. 3 GO NRW in den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur.
6. als Ersatz für Herrn Stefan Uerlings Frau Stv. Gabriele Persigehl zum Mitglied in den Aufsichtsrat der Business Park Alsdorf GmbH.
7. als Ersatz für Herrn Stefan Uerlings Frau Stv. Gabriele Persigehl als persönliche Stellvertreterin für Herrn Stv. Dr. Andreas Brandt in den Aufsichtsrat der Freizeitobjekte Alsdorf GmbH.
8. als Ersatz für Herrn Stefan Uerlings Herrn Stv. Ingo Boehm zum stimmberechtigten Mitglied in den Integrationsrat.

Abstimmungsergebnis:

1. – 5. Einstimmig
6. – 8. Einstimmig

zu 13 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 15 vom 29.02.2016 gem. § 60 Abs. 1 GO NRW;**
hier: **Projektantrag zum Sonderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen: Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen**
Vorlage: 2016/0119/3.1

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders erläutert kurz die Vorlage. Er teilt mit, dass die Stadt sich hiermit für ein Förderprogramm bewerbe, um der Integration von Flüchtlingen noch besser gerecht werden zu können. Man sattele damit auf das Projekt „Soziale Stadt Alsdorf“ auf und mit weiteren Fördermitteln werde versucht, diese Arbeit zu erweitern und die ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf genehmigt die als **Anlage der Originalniederschrift** beigefügte Dringlichkeitsentscheidung Nr. 15 vom 29.02.2016 gem. § 60 Abs. 1 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 **Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der StädteRegion Aachen und den Städten Alsdorf, Eschweiler, Herzogenrath und Würselen über die Einrichtung eines gemeinsamen Familienhebammendienstes;**
hier: **Genehmigung der Bezirksregierung Köln vom 18.12.2015**
Vorlage: 2016/0055/3.2

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die in der **Anlage der Originalniederschrift** beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einrichtung eines gemeinsamen Familienhebammendienstes beim Gesundheitsamt der StädteRegion Aachen ist am 18.12.2015 durch die Bezirksregierung Köln genehmigt worden (Anlage 1 und 2 zu TOP 2016/0055/3.2).

1. Der Rat der Stadt stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.
2. Er begrüßt die Fortführung des Projektes und die konstruktive und gute Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und der Gesundheitshilfe.
3. Über den 31.12.2016 soll eine weitere Zusammenarbeit angestrebt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2016 - 2018 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen
Vorlage: 2016/0063/3.2-1

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – Fortschreibungszeitraum 01.08.2016 – 31.07.2018 (**Anlage der Originalniederschrift**) wird zur Kenntnis genommen.

Die dargestellten Planungsansätze:

- als Planungsgrundlage gilt eine Versorgungsquote in Höhe von 95 % für 3-jährige Kinder bis zur Einschulung und eine Versorgungsquote in Höhe von 35 % für unter 3-jährige Kinder;
- die Umwandlung von Gruppen und Betreuungsformen hat Vorrang vor Schließung von Gruppen, wenn Bedarfs- und Nachfragenachweis gegeben ist;
- Betreuungsplätze in Tagespflege sollen unter Berücksichtigung der durch das Land vorgesehenen Kontingentierung vorgehalten werden;

werden bestätigt.

Darüber hinaus wird der durch die Verwaltung dargestellte Sachstand zu den bereits in den letzten Bedarfsplanungen beschlossenen Maßnahmen zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt, diese weiter zu verfolgen.

Die erforderlichen Mittel sind für das Haushaltsjahr 2016 und Folgejahre einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 Einsatz eines Schulbusses für die Kellersberger Grundschüler zur GGS Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2 a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2016/2017
Vorlage: 2016/0043/3.3

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Schulbus für die Kellersberger Grundschüler zur GGS Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2 a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2016/2017 wird eingesetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die o.a. Schülerbeförderung für das Schuljahr 2016/2017 neu auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 Sportstättenentwicklungsplanung der Stadt Alsdorf 2015 - 2020;

hier:

a) Errichtung eines Kleinspielfeldes als Trainingsfläche und Sanierung des

Rasensportplatzes auf der Sportanlage in Alsdorf-Zopp, Ottenfelder Straße

b) Errichtung von Vereinsräumen in Containerbauweise für den SV Hertha Mariadorf auf der Sportanlage in Alsdorf-Broicher Siedlung, Osterfeldstraße

c) Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Durchführung der Maßnahmen zu a) und b)

Vorlage: 2016/0105/3.4

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders legt dar, dass diese Vorlage auf Basis der Beschlüsse des Sportstättenentwicklungsplans erstellt worden sei. Er bedankt sich bei den Sportvereinen, da diese sehr kreativ und akribisch daran gearbeitet haben, eine gute Zukunft für ihre Vereine zu gestalten. Die Arbeiten, vor allem was die Sportanlage in Zopp betreffe, seien eilig und müssen vorangetrieben werden.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, teilt mit, dass er nicht verstehe, weshalb Hertha Mariadorf von einem Rasenplatz auf den Ascheplatz der Broicher Siedlung ziehe. Seines Erachtens solle man versuchen, die Ascheplätze abzuschaffen. Ihm stelle sich daher die Frage, weshalb nicht die Broicher Siedlung zu Hertha Mariadorf auf den Platz ziehe.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass der Platz der Broicher Siedlung halb Rasen- halb Ascheplatz sei. Zudem handle es sich um eine Gemeindebedarfsfläche, die keiner anderen Verwendung zugeführt werden könne. Bei Hertha Mariadorf sei dies anders, dieser Platz könne einer anderen Verwendung zugeführt werden. Für die Finanzierung weiterer Aktivitäten sei man auf die Vermarktung der freiwerdenden Sportplätze angewiesen und somit sei so entschieden worden. Die Sportvereine haben auch ihr Einverständnis für diese Planung gegeben.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, bezieht sich auf den Beschluss zum Sportstättenentwicklungsplan. Dieser sei beschlossen worden in der Erwartung, langfristig einsparen zu können. Er bittet um Auskunft, ob diese Einsparungen schon berechnet werden können.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass die bisherigen Einsparungen und die Frage, wie man zukünftig mit der Sportförderung umgehen werde, in einer separaten Vorlage dargestellt werden. Die vorliegende Vorlage sei erst mal die Voraussetzung, die technische Umsetzung und die Vermarktung der übrigen Flächen zu ermöglichen. Er bemerkt allerdings, dass bei den Einsparungen nicht mit enormen Summen gerechnet werden könne und die dann zu klärende Frage sei, ob die Mittel für die Sportförderung genutzt oder auf die wenigen Vereine umgeschichtet werden können. Aus der Transaktion des Umzugs der Vereine ergebe sich in erster Linie ein höherer Bewirtschaftungsgrad der einzelnen Sportstätten und dadurch die Möglichkeit, diese auf längere Sicht besser aufzustellen.

Herr Friedhelm Krämer, SPD-Fraktion, bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion bei den Sportvereinen für die gute Zusammenarbeit. Er erwähnt, dass die Sportförderung erst mal bis 31.12.2016 gesichert sei, allerdings über zukünftige Änderungen dieser Situation beraten werden müsse. Zum Thema Gemeindebedarfsfläche Broicher Siedlung regt er an, diesen Platz zukünftig etwas zu ertüchtigen.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass dort bereits in den letzten Jahren mitgeholfen worden sei und das auch gerne zukünftig im Auge behalten werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt:

- a) die Errichtung eines Kleinspielfeldes als Trainingsfläche und die Sanierung des Rasensportplatzes auf der Sportanlage in Alsdorf-Zopp, Ottenfelder Straße, mit Kosten in Höhe von bis zu 60.000 € durchzuführen.
- b) die Errichtung von Vereinsräumen in Containerbauweise für den SV Hertha Mariadorf auf der Sportplatzanlage in Alsdorf-Broicher Siedlung, Osterfeldstraße, mit Kosten in Höhe von bis zu 60.000 € durchzuführen.
- c) die Gesamtkosten in Höhe von 120.000 € im Haushaltsjahr 2016 außerplanmäßig bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 18 **Bebauungsplan Nr.301-2.Änderung - Gewerbegebiet Alsdorf-Schaufenberg**
a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr.301-2.Änderung
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplanes Nr.301-2.Änderung – Gewerbegebiet Alsdorf - Schaufenberg
Vorlage: 2016/0012/2.1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt:

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 301 - 2.Änderung – Gewerbegebiet Alsdorf-Schaufenberg die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe.
- b) den Bebauungsplan Nr. 301 - 2.Änderung – Gewerbegebiet Alsdorf-Schaufenberg als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 19 Änderung von Gebührensatzungen;
hier: 8. Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2016/0096/ETD**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 8. Änderung der Abfallentsorgungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf.

Die Änderungen treten am 01.01.2016 in Kraft!

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 20 Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2016/0085/St3**

Protokoll:

Mitteilungen des Herrn Bürgermeister Sonders zu

1. Breitbandausbau

Herr Bürgermeister Sonders informiert über das bereits im letzten Jahr vorgestellte Gemeinschaftsprojekt Breitbandausbau für das gesamte Stadtgebiet von Alsdorf. In vielen Teilen seien dafür die ersten Maßnahmen bereits im Gange. Nun sei es so, dass die Telekom ebenfalls in diesem Bereich tätig werden will und sich für die zweite Hälfte des Stadtgebietes die entsprechende Genehmigung eingeholt habe. Dies bedeute, dass bis Ende des Jahres die Telekom den zweiten Teil des Stadtgebietes anschließen werde. Für den Endverbraucher bedeute dies, dass er bei jedem Telekommunikationsanbieter seine Leistung beziehen könne, der Kabelbesitzer und Kabelbetreiber dann aber zum einen die Telekom und zum anderen die Enwor, regionetz GmbH und NetAachen sei. Für den unversorgten Stadtteil Duffesheide sowie Radsberg und Reifeld finden derzeit Gespräche statt, um diese Gebiete ebenfalls anzuschließen. Zum Sommer erhoffe man sich nähere Informationen dazu und vielleicht sogar eine Lösung für die Erschließung des Stadtteils Duffesheide. Schwer sei es für Radsberg und Reifeld, da Reifeld aus Herzogenrather Seite erschlossen werden müsse.

Des Weiteren teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass auf städteregionaler Ebene dem Ziel der Bundes- und Landesregierung nachgekommen werde, ein flächendeckendes Glasfasernetz bereitzustellen. Im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz und auch in Verbindung mit Herrn Etschenberg, Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sei die Unterstützung seitens der Städte signalisiert worden, sodass die StädteRegion eine geförderte Personalstelle einsetzen und eine Konzeption dafür erarbeiten werde.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, teilt mit, dass bei einer Informationsveranstaltung in Jülich zum Thema Breitbandverkabelung unter anderem gesagt worden sei, dass die Telekom einen veralteten Standard anbietet. Seine Frage sei deshalb, ob die Telekom in Alsdorf den gleichen Standard anbieten werde, wie zum Beispiel NetAachen.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass er diese Frage weder mit Ja noch mit Nein beantworten könne. Er gehe aber davon aus, dass es der gleiche Standard sei.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob bei diesen Verhandlungen ebenfalls über die Einrichtung von Hot Spots für die Stadt Alsdorf gesprochen worden sei.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass diesbezüglich noch Gespräche geführt werden. Er hofft bis zum Sommer mehr darüber zu erfahren.

Anmerkung des Herrn Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, zum Thema Breitbandausbau

Herr Stv. Franz Brandt informiert darüber, dass NetAachen derzeit verschiedene Haushalte darüber aufklärt, dass Haushalte mit anderen Anbietern in Zukunft mit einer schlechteren Qualität rechnen müssen.

Herr Bürgermeister Sonders ist der Meinung, dass dies einfaches unternehmerisches Handeln sei. Schließlich gebe es das gleiche Kabel für alle Nutzer. Insofern könne niemand ein besseres oder schlechteres Ergebnis erzielen, es sei denn NetAachen verfüge über eigene Kabelleitungen an Stellen, wo die Telekom keine habe.

2. Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 12.08.2015; Jodtabletten im Falle eines Unfalls im Atomkraftwerk Tihange mit großflächiger Freisetzung von Radioaktivität

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass in der Ratssitzung am 15.12.2015 nicht alle Fragen zu diesem Thema beantwortet werden konnten. Herr Bürgermeister Sonders weist vor Beantwortung der Fragen durch Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen darauf hin, dass der Städteregionstag kürzlich den Beschluss gefasst habe, gegen den weiteren Betrieb von Tihange 2 zu klagen. Diese Klage werde unter anderem von der Stadt Aachen, dem Kreis Heinsberg und vielen anderen Kommunen unterstützt. Auch die Stadt Alsdorf habe ihre Unterstützung zugesagt. In der letzten Bürgermeisterkonferenz sei man übereingekommen, dass jede Stadt einen Betrag von 1.000 € zur Unterstützung der Klage beitrage.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen beantwortet nun die noch offen stehenden Fragen zur Anfrage der GRÜNEN-Fraktion vom 12.08.2015.

Die Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, bezieht sich darauf, dass Menschen über 45 Jahre keine Jodtabletten einnehmen sollten. Er erklärt aus welchem Grund man die Jodtabletten einnehmen solle. Die Schilddrüse nehme so viel Jod auf, bis sie voll ist. Sollte das Jod nicht eingenommen werden und es kommt zu einem Atomunfall, werde die Schilddrüse das radioaktive Jod aufnehmen. Dieser negative Effekt trete auf jeden Fall auf. Deshalb seien seiner Meinung nach die aufgeführten Risiken für Menschen über 45 Jahre, die Jodtabletten einnehmen, Unsinn. Des Weiteren möchte er wissen, ob wirklich von 40.000 Tabletten die Rede sei und nicht von 40.000 Einheiten. Erwachsene sollen laut Empfehlung bei einem Atomunfall zwei Jodtabletten einnehmen und dies täglich.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen bemerkt, dass der Katastrophenschutz anderer Meinung sei und die Schilddrüse wesentlich länger blockiert sei. Die Rede sei aber von Tabletten. Man habe sich dem Verfahren und den Vorgaben der Städteregion angeschlossen und wisse auch im Augenblick nicht, wie anders verfahren werden könnte. Zudem erfolge derzeit eine Beratung, ob Schulen die Tabletten auch erhalten sollen. Von der Verteilung an die Haushalte werde abgeraten und da folge man auch den Aussagen der Wissenschaftler beziehungsweise der Fachleute.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bittet um Mitteilung, ob jede Apotheke Jodtabletten auf Vorrat bestellen und auch anbieten könne. Ihm sei aufgefallen, dass in Aachen verschiedene Apotheken Schilder im Fenster hängen haben, dass Jodtabletten vorrätig seien. Schließlich sei dann zu überlegen, ob die Alsdorfer Apotheken diese ebenfalls bereithalten können.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen antwortet, dass jeder in der Apotheke Jodtabletten kaufen könne.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, macht kurz darauf aufmerksam, dass eine preiswertere Alternative zu Jodtabletten die Lugol'sche Lösung sei. Des Weiteren bittet er um Auskunft, wie die Bevölkerung im Hinblick auf Maßnahmen bei einem möglichen Atomunfall aufgeklärt werde.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen teilt mit, dass die StädteRegion in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt eine Informationsbroschüre erstellen werde, die dann an jeden verteilt werde.

Anfrage des Herrn Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, zu

1. Eschweilerstraße

Herr Stv. Franz Brandt möchte wissen, aus welchem Grund an der Eschweilerstraße die Maßnahmen derzeit nicht weiter gehen.

2. Baustelle auf der B57 Richtung Überheide

Herr Stv. Franz Brandt sagt, dass an der B57 augenscheinlich ein Rechtsstreit wegen der dortigen unfertigen Baustelle losbreche und diese dadurch derzeit stillgelegt sei. Er bittet um Auskunft, ob dies der Wahrheit entspreche.

3. Innerstädtischer Verkehr

Herr Stv. Franz Brandt bezieht sich auf den derzeitigen innerstädtischen Verkehr. Er äußert seinen Unmut über die fehlenden Hinweisschilder für Autofahrer. So wisse niemand, wo er hinkomme oder hinfahren solle. An einigen Stellen müsse die Beschilderung weiter zurück gestellt werden, damit die Autofahrer beim Abbiegen nicht gegen die aufgestellte Barke fahren. An der Kreuzung Otto-Wels-Straße sei es zu dem so, dass der Autofahrer, der von der Schwimmhalle rechts abbiegt, auf der Linksabbiegerspur des Gegenverkehrs lande. Dadurch seien bereits viele Konflikte entstanden. Dort fehle auch ein Hinweisschild, dass die Straßen zumindest für Anlieger frei seien. Seine Frage sei nun, was seitens der Stadt für die Verbesserung dieser unzumutbaren Situation getan werde.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen greift zuallererst Frage drei auf. Er führt aus, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW für diese Situation verantwortlich sei. Nichts desto trotz habe es in den letzten Tagen mehrfach Begehungen seitens der Stadt Alsdorf gegeben, um systematisch Verbesserungen zu erzielen. Dafür sei ein Katalog mit 40 Punkten erstellt und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zugestellt worden. Einige Punkte seien zum Beispiel die Aufhebung von Parkverböten, Anpassung von Ampelphasen beziehungsweise Anbringung einer Baustellenampel und der neuen Anordnung der Beschilderung. Obwohl die Zuständigkeit nicht bei der Stadt Alsdorf liege versuche man für die Anwohner/innen und die Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich die Situation zu verbessern.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, erwähnt, dass zum Beispiel an der Otto-Wels-Straße die Ampel einfach auf Dauergelb gestellt werden könne.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen bemerkt, dass dann das Problem der Straßenüberquerung für Fußgänger auftrete. Geplant sei an dieser Stelle eine längere Grünphase für die Autofahrer. Sollte dies den Rückstau nicht vermindern überlege man, eine Art Zebrastreifen auf Höhe der Sparkasse anzubringen. Die Versetzung der Barken sei ebenfalls im Programm und relativ einfach umzusetzen. Er bittet die Anwesenden darum sich bei der Stadt zu melden, sobald weitere Probleme entdeckt werden.

Frage zwei beantwortet Herr Erster Beigeordneter Kahlen mit einem klaren Ja. Gegenwärtig laufe dort ein Beweissicherungsverfahren, mehr wisse er aber leider auch nicht.

Zum Thema Eschweilerstraße legt Herr Erster Beigeordneter Kahlen dar, dass er eine Mitteilung erhalten habe die besagt, dass, solange Nachtfrost herrsche, die Baustelle ruhen würde. In zwei Monaten solle diese Baustelle aber fertig sein. Zu der Stelle zwischen Sportforum und Meisenberg sei zu sagen, dass diese an einem der nächsten Wochenenden gesperrt und komplett asphaltiert werde. Nach Fertigstellung solle dann der Rest Richtung Poststraße und Mariadorfer Dreieck erledigt werden.

Herr Bürgermeister Sonders macht deutlich, dass seitens der Stadt Alsdorf immer versucht werde, die auftretenden Probleme nachzubessern. Herr Bürgermeister Sonders bittet darum, jegliche Verbesserungsvorschläge mitzuteilen. Diese werden dann an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg ergänzt zum Thema Eschweilerstraße, dass über eine Städtereionsvorlage geschildert worden sei, dass die Verzögerungen durch bestimmte Aufträge seitens der Stadt Alsdorf entstanden seien. Richtig sei, dass zusätzliche Ausbesserungsmaßnahmen in einigen Einmündungsbereichen der Straßen beauftragt worden seien, allerdings belaufen sich diese Maßnahmen auf vergleichsweise kleine Flächen im 100 m² Bereich. Daher erscheine es fragwürdig, wie diese geringfügigen Zusatzarbeiten der Stadt Alsdorf zu so erheblichen Verzögerungen führen können.

Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneter Kahlen zum Thema Verkehrsunfallstatistik

Herr Erster Beigeordneter Kahlen informiert darüber, dass er vom Polizeipräsidenten Aachen die Unfallzahlen der Verkehrsunfälle in Alsdorf erhalten habe. Die Verkehrsunfälle mit Blechschaden seien von 430 auf 460 gestiegen, allerdings verzeichne

man bei den Verkehrsunfällen mit Personenschaden drastische Rückgänge. Im letzten Jahr habe es keine Toten gegeben und die Unfälle mit Schwerverletzten seien von 17 auf 8 gesunken. Erfreulich sei ebenfalls, dass die Zahl der verunglückten Kinder von 21 auf 13 zurückgegangen sei.

Vorstellung des Herrn Stefan Schaum, Stab 2 Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Kultur

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass seitens der GRÜNE-Fraktion die Anregung kam, den neuen Integrationsbeauftragten, Herrn Stefan Schaum, in der heutigen Ratssitzung vorzustellen. Dem komme Herr Bürgermeister Sonders gerne nach und übergibt das Wort an Herrn Stefan Schaum.

Herr Stefan Schaum stellt sich kurz vor. Parallel neben seinem Studium habe er insgesamt 20 Jahre für die Aachener Nachrichten geschrieben. Dabei habe er schwerpunktmäßig Alsdorfer Themen bearbeitet, von Kommunalpolitik bis zu Kultur, aber auch Integration. Der erste Integrationstag sei von ihm schon begleitet worden und nun sei er selbst fleißig dabei, den sechsten Integrationstag gemeinsam mit dem Integrationsrat zu planen. Daneben setze er mit dem Integrationsrat einige Projekte um, die vor allem der Integration der Asylsuchenden der Stadt dienen solle. Hierbei werde zum Beispiel in den nächsten Wochen der Stadtbücherei eine Bücherkiste übergeben, die Bücher in Sprachen wie Englisch, Arabisch oder Syrisch beinhalte. Ebenso sei ein Projekt mit dem Ofdener Gymnasium auf den Weg gebracht worden, bei dem Schülerinnen und Schüler der Schule Flüchtlinge porträtieren. Das Ergebnis werde dann auf einer eigenen Homepage und auch in Ausstellungen erscheinen, sowohl in der Schule als auch in der Stadthalle. Des Weiteren gebe es Kreativität- und Tanzprojekte für Kinder und jugendliche Flüchtlinge, die in den städtischen Jugendtreffs stattfinden sollen.

Herr Bürgermeister Sonders bedankt sich bei Herrn Schaum für dessen Vorstellung.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bedankt sich ebenfalls für die kurze Vorstellung. Er spricht sich dafür aus, von Zeit zu Zeit einen Bericht aus dem Gremium Integrationsrat mit dessen Tätigkeiten et cetera zu erhalten. Er findet die Tätigkeit des Integrationsrates sehr wichtig und deshalb sei ein kurzer Bericht ein- oder zweimal im Jahr wünschenswert.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass ein Resümee der Arbeit des Integrationsrates und gleichzeitig eine Vorschau auf das nächste Jahr gegeben werden könne.

**zu 21 Umbesetzung in Gremien;
hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt vom 03.03.2016
Vorlage: 2016/0130/St3**

Beschluss:

Der Rat der Stadt wählt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

1. als Ersatz für Herrn Stv. Friedhelm Krämer als ordentliches Mitglied Herrn Stv. Hans-Rainer Steinbusch in den Aufsichtsrat der Energeticon g GmbH.

2. als Ersatz für Herrn Stv. Hans-Rainer Steinbusch als persönlicher Vertreter Herrn Stv. Jörg Willms in den Aufsichtsrat der Energeticon g GmbH.
3. als Ersatz für Herrn Stv. Marcel Gandelheidt als ordentliches Mitglied Herrn Stv. Jörg Willms in den Aufsichtsrat der Freizeitobjekte Alsdorf GmbH (FOGA).
4. als Ersatz für Frau Stv. Nancy Gandelheidt als persönliche Vertreterin Herrn Stv. Marcel Gandelheidt in den Aufsichtsrat der Freizeitobjekte Alsdorf GmbH.

Der Rat der Stadt schlägt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

der Gesellschafterversammlung der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH vor, anstelle von Herrn Stv. Friedhelm Krämer, Herrn Stv. Hans-Rainer Steinbusch als ordentliches Mitglied des Beirates der EWW zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 22 Überschreitung der Pensions- und Beihilfeaufwendungen;
hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 2016/0134/1.2**

Protokoll:

Aus rechtlichen Gründen wurde

TOP 22: Überschreitung der Pensions- und Beihilfeaufwendungen;
hier: Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015

vor

TOP 6 Entwurf Jahresabschluss 2015

behandelt.

Herr Bürgermeister Sonders gibt zur Kenntnis, dass, wie auch in den Vorjahren, durch Null-Zinsen weitere Rückstellungen im Haushalt erfolgen müssen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, bemerkt, dass bei der Darstellung der finanziellen Auswirkungen diverse Kostenstellen als Deckungsmittel aufgeführt werden. Er bittet um Mitteilung, wieviel in den Kostenstellen noch enthalten sei.

Herr Kämmerer Hafers führt aus, dass die Begründung dafür eigentlich unter TOP 6 öffentlicher Teil dargestellt werde. Es sei so, dass es auf der Aufwandsseite Verschlechterungen gebe, aber gleichzeitig auch eine Vielzahl von zusätzlichen Erträgen erwirtschaftet worden seien. Die zusätzlichen Erträge betragen im abgelaufenen Haushaltsjahr 5,5 Millionen €. Die dargestellten Summen seien auf der Ertragsseite geschuldet, allerdings durch die höheren Einnahmen stehen die Mehrerträge im Monat zur Verfügung und so seien die Mehraufwendungen finanzierbar.

Herr Bürgermeister Sonders ergänzt, dass diese Mehraufwendungen mit dem Jahresabschluss 2015 beschlossen werden. Vorher seien allerdings diese Bereinigungen beschlusstechnisch vorzunehmen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, ist der Auffassung, dass im Haushaltsjahr 2016 dann ebenso Überschüsse vorhanden seien, sodass eine Maßnahme geplant werden könne mit dem Deckungsvorschlag „Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer“.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass dafür erst Mehrerträge vorhanden sein müssen. Im Haushalt sei es schließlich so, dass man mal Mehrerträge habe, im anderen Jahr aber Mehrausgaben. Bei den schlechten Voraussetzungen im vergangenen Jahr könne man mit diesem Ausgang zufrieden sein.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt der überplanmäßigen Aufwendung gemäß § 83 GO NRW in Höhe von 1.287.705,99 € im Bereich der Pensions- und Beihilfeaufwendungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 23 Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2016 Vorlage: 2016/0135/3.3

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, äußert seinen Unmut über die Höhe der Kosten für die Containeranlage. Er bittet um Mitteilung, ob nicht weitere Anmietungen am Energeticon erfolgen können und weshalb die Mietung der Containeranlage aus Sicht der Verwaltung unwirtschaftlich sei. Zudem möchte er wissen, welche Kosten für die Mietung der Containeranlage anfallen würden.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass für den benötigten Zeitraum eine Miete von 270.000 € anfallen würde. Der Unterschied betrage zwar 80.000 €, aber man gehe davon aus, dass in Zukunft die Containeranlage genutzt werden könne. Ein Beispiel dafür sei die Übergangsphase der Hauptschule Mariadorf und der Marienschule. Insofern sei dies eine wirtschaftlich bessere Lösung.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, stellt die Frage, ob zusätzlich noch eine weitere Containeranlage für die Mensa benötigt werde.

Herr Dezernent Spaltner antwortet, dass die sogenannte „Lunchbox“ des Gymnasiums mit an den neuen Standort ziehe, um die Übermittagspflege sicherzustellen.

Herr Bürgermeister Sonders ergänzt, dass durch diese Maßnahme Geld gespart werde und weitere Anmietungen des Energeticons nicht möglich seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, zum Kauf einer Containeranlage auf dem Gelände des Kultur- und Bildungszentrums Alsdorf außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 € bereitzustellen und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt für die Durchführung der Maßnahme mit der GSG Grund- und Stadtentwicklung GmbH eine entsprechende Durchführungsvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen)

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Esser
Schriftführerin